

# Streit um Krankenhausplan

Saarlands Regierung wollte den Kliniken Personalvorgaben machen. Dass sie es wirklich tut, erscheint immer fraglicher. Sauer sind die Pflegekräfte schon jetzt. **Von Johannes Supe**

Mehrfach hat sich die saarländische Gesundheitsministerin Monika Bachmann (CDU) für mehr Klinikpersonal im Land stark gemacht. So etwa im Januar, als ihr Ressort in einer Pressemitteilung verkündete, dass die Landesregierung in den neuen Krankenhausplan »Mindestausstattung für Pflegekräfte und Ärzte aufnehmen« werde. 1.000 weitere Pflegekräfte sollten in die Häuser des Landes kommen. Im März – der Wahltermin rückte immer näher und die Gewerkschaft Verdi erhöhte im Kampf um mehr Personal den Druck in den Kliniken – bekräftigte Bachmann ihre Forderungen erneut. Heute, acht Monate später, befinden sich die damaligen Koalitionsparteien wieder in der Regierung und Monika Bachmann weiterhin im Amt. Doch die Anzeichen, dass es mit den versprochenen zusätzlichen Pflegekräften nichts wird, häufen sich.

Für einige Verärgerung hat bei Krankenhausbeschäftigten und Verdi die Veröffentlichung eines aktuellen Gutachtens gesorgt, das die Landesregierung aus CDU und SPD angefordert hatte. Mit diesem wollte die Koalition ihre Pläne prüfen lassen, den Kliniken im kommenden Krankenhausplan Personalvorgaben zu machen. Doch in der Expertise heißt es, die Regierung solle das Vorhaben weiter vertagen.

»Die Regierung darf sich auf keinen Fall an das Gutachten halten«, sagte Gewerkschaftssekretär Michael Quetting am Freitag gegenüber jW. Die Beschäftigten in den Kliniken bräuchten dringend eine Entlastung. Derzeit seien viel zu wenige Pflegekräfte auf den Stationen, was häufig dazu führe, dass sie sich nachts alleine um Dutzende Patienten kümmern müssten. Falle eine Kollegin aus, müssten bisweilen sogar – illegale – Doppelschichten geleistet werden.

Hintergrund der Auseinandersetzung ist die Erstellung des saarländischen Krankenhausplans, der voraussichtlich im Februar 2018 verabschiedet wird und bis 2025 gelten soll. Mit ihm sollen die Kliniken des Bundeslands wirtschaftlich abgesichert werden, es werden etwa Vereinbarungen über die Zahl der Betten eines Krankenhauses getroffen. Doch die Bundesländer können in ihm



**Besser, man verlässt sich auf die eigene Stärke: Pflegekräfte streiken für mehr Klinikpersonal (Ottweiler, 11. Oktober)**

auch Qualitätsindikatoren festlegen. Auf diese Weise wäre es möglich – so die Argumentation von Verdi und bislang auch von Ministerin Bachmann –, den Kliniken Vorgaben zu machen, wie viele Kollegen auf einer Station eingesetzt werden müssen.

Das von der Regierung angeforderte Gutachten der Beraterfirma »Aktiva« kommt jedoch zu einem anderen Schluss. In ihm heißt es: »Der Wunsch, für das Saarland stationsbezogene Vorgaben zur Mindestbesetzung festzulegen, ist aus Gutachtersicht mit der Realität nicht vollständig vereinbar.« Auf vielen Stationen würde interdisziplinär gearbeitet, für diese Fälle zu planen sei kaum möglich. Ein weiteres zentrales Argument der Expertise: Es fehle in Deutschland an Untersuchungen, von denen Personalbesetzungen abgeleitet werden könnten. Der Regierung wird in der Folge empfohlen, mit Bestimmungen zu warten, bis es sie auf Bundesebene gibt. Zudem solle »eine saarländische Expertengruppe« etabliert werden.

Eine Besserung der dramatischen Situation in den Kliniken werde so auf

unbestimmte Zeit vertagt, so Gewerkschafter Quetting. Er habe in den vergangenen Monaten bemerkt, dass die Saarländische Krankenhausgesellschaft – eine Lobbyorganisation der Klinikbetreiber – sich gegen die Regelung eingesetzt habe. Das Gutachten könnte nun der Anlass für die Regierung sein, »unter dem Druck der Arbeitgeber einzuknicken«. Allerdings habe sich die SPD von den Ergebnissen des Papiers enttäuscht gezeigt.

Im saarländischen Koalitionsvertrag von Union und Sozialdemokraten ist zumindest die Möglichkeit enthalten, von früheren Zusagen abzuweichen. In ihm heißt es, in Anlehnung an die Äußerungen der Gesundheitsministerin Bachmann, dass man Personalvorgaben anstrebe. Doch der genaue Wortlaut könnte an dieser Stelle entscheidend sein: »Wir werden Qualitätsindikatoren und auf Gutachterbasis stationsbezogene Personalmindestzahlen im Rahmen der Krankenhausplanung aufstellen.« Es wäre also zumindest denkbar, dass die Regierung nun genau jenes Gutachten bekam, auf das sie spekuliert hatte: Eines, das

es ihr ermöglicht, eben keine Vorgaben machen zu müssen.

Das Gesundheitsministerium streitet das ab. Von jW am Freitag danach gefragt, ob man weiter an Mindestbesetzungszahlen festhalte, antwortete der Ministeriumssprecher Frederic Becker: »Dieses Ziel haben wir nach wie vor.« Eine angekündigte ausführlichere Antwort steht noch aus, *junge Welt* wird berichten.

Immerhin einem unerwarteten Effekt des Gutachtens kann Verdi-Mann Quetting etwas abgewinnen: »Es hat die Kolleginnen und Kollegen richtig wütend gemacht.« Tatsächlich enthält das Papier einen Passus, der den Pflegekräften die Fähigkeit abspricht, selbst erkennen zu können, ob zu wenige von ihnen auf Station sind. Das, so Quetting, sporne die Beschäftigten weiter dazu an, sich einzusetzen. Verdi verlasse sich nicht nur auf das Handeln der Regierung. Im Saarland kämpfe man auch in den Betrieben um Tarifverträge, in denen Personalvorgaben festgeschrieben werden sollen. Diese Auseinandersetzungen könnten sich nun weiter verschärfen.